



Auf dem Deponiegelände stehen Container als Giftmüllbehälter herum. Oberflächenwasser wird in Hochbehälter (hinten) gepumpt, gereinigt und in Tankwagen abtransportiert.

Aufn.: Klaus von der Brölte

CDU empfiehlt Verbrennungsofen für Altdeponie Münchehagen

Sanierung der gefährlichen Giftmüllkippe nicht in Sicht / Gansäuer: Viel Zeit verplempert / Klärschlamm-Würfel unter Folien

Mit einem Faß ohne Boden vergleicht Oppositionsführer Jürgen Gansäuer den Zustand der 1983 aufgegebenen Sondermülldeponie in Münchehagen. Jahr für Jahr würden vom Land bis zu 14 Millionen Mark für die Sicherung des Giftmülls und dessen Bewachung ausgegeben, dennoch dauere die Gefahr an, die von der Deponie ausgehe, sagte der CDU-Politiker am Donnerstag, nachdem er sich auf dem weitläufigen Gelände an der Grenze der Landkreise Nienburg und Schaumburg umgesehen hatte. Gansäuer betonte, ein neuentflammter Streit im Landtag helfe nicht weiter. Parteiübergreifend müsse das Übel jetzt aus der Welt geschafft werden.

Der für Gansäuer einzig gangbare Weg ist die Verbrennung des Inhalts der sogenannten Altdeponie, in der etwa 60 000 Tonnen Giftmüll unbekannter Herkunft bis zu fünf Meter hoch gestapelt sind. Für die weitaus weniger gefährliche Neudeponie auf demselben Gelände - sie enthält etwa 350 000 Tonnen - scheint eine Ver-

breunung dagegen nicht möglich zu sein. Hier sollte nach Meinung des CDU-Politikers eine nachhaltige Sicherung vorgenommen werden.

Wie Baudirektor Günter Nerlich, Projektkoordinator bei der Bezirksregierung Hannover für die Deponie Münchehagen, gestern Gansäuer und dessen Begleitern erläuterte, zeichnet sich ab, daß der riesige Giftmüllberg mit einer bis zu 28 Meter tiefen Spundwand umgeben wird. Zusätzlich müssen die ehemaligen Tongruben nach oben abgedichtet werden, damit kein Oberflächenwasser in die Polder einfließen kann. Um ein Eindringen der Schadstoffe in den Untergrund zu verhindern, muß nach Darstellung Nerlichs im Inneren des Abfallberges ein hydraulisches System installiert werden, das einen Unterdruck erzeugt und verhindert, daß Wasser aus dem Deponiekörper austreten kann.

Wenn diese Sicherung beginnt, hängt wesentlich davon ab, wieviel Geld der Landtag bewilligt. Bisher reicht der Etat für kaum mehr als für die Abwehr der al-

tergrößten Gefahr. So sind ständig ein paar Dutzend Mitarbeiter auf der Deponie selbst und in den beteiligten Behörden im Einsatz, um die Wasserhaltung auf dem Deponiegelände zu organisieren, kleine Aufbereitungsanlagen zu betreiben.

Nachdem er gehört hatte, daß allein für die Reinigung des auf der Deponie anfallenden Regenwassers in jedem Jahr mehrere Millionen Mark ausgegeben werden müssen, schimpfte Gansäuer: „Offensichtlich sind hier dreieinhalb Jahre Zeit verplempert worden, ohne daß wir der Sanierung auch nur einen Schritt näher gekommen wären. Wie man die Dinge anpacken sollte, wissen wir schon lange, da muß kein Geld für noch mehr Gutachten rausgeworfen werden. Jährlich ein Dutzend Millionen Mark zu verpulvern macht keinen Sinn. Die Bürger erwarten von uns Politikern, daß wir Probleme mutig anpacken. Das sollten wir hier tun.“ Immer wieder betonte der CDU-Politiker, daß er sich vor einer unangenehmen Entscheidung wie dem Bau einer Verbrennungsanlage auf dem Deponiegelände nicht drück-

ken würde. „Ideologie hilft hier doch nicht weiter.“

Nerlich bestätigte den Gästen aus dem Landtag im übrigen, daß mittlerweile mehr als 40 Container auf der Deponie stehen, die mit rund 400 Tonnen Aktivkohlefiltern gefüllt sind. Diese bei der Sicherung der Deponie angefallene Sondermüll soll, wie berichtet, demnächst in Hessen verbrannt werden. Für die Entsorgung der 1300 Würfel aus gepreßtem Klärschlamm zeichnet sich dagegen noch immer kein Verfahren ab. Die sogenannten Piepho-Blöcke, die schon in den achtziger Jahren aufgetürmt wurden und mit Dioxinen durchsetzt sind, werden im Freien mit einem dicken Plastkluch gegen Wind und Wetter geschützt.

Der Darstellung des Umweltministeriums, von der Deponie gehe keine akute Gefahr aus, wollten die Oppositionspolitiker gestern nicht so recht glauben, mußten sie doch vor dem Betreten des Geländes einen kurzen medizinischen Test bestehen, Gasmasken in Empfang nehmen und auch Schutzkleidung überstreifen.